

■ Vor dem Hintergrund des Abzugs der ausländischen Truppen aus Mali und einer enger werdenden afrikanisch-russischen Militärpartnerschaft hat die Ethecon-Stiftung exklusiv für *junge Welt* mit der Menschenrechts- und Friedensaktivistin Aminata Dramane Traoré gesprochen. Die malische Exministerin äußert sich darin zur Lage in ihrer Heimatregion im Kontext der gegenwärtigen globalen Krisen. (jw)



BENOIT TESSIER/REUTERS

Vertrauen schaffen sieht anders aus: Ein französischer Soldat durchsucht einen Malier in Ndaki (27.7.2019)

»Gegeneinander ausgespielt«

Die vom Westen verursachten Kriege und Krisen aus einer afrikanischen Perspektive betrachtet. Ein Gespräch mit Aminata Dramane Traoré

Wie beurteilen Sie, gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, die stark zunehmende afrikanisch-russische Militärpartnerschaft?

Die jetzige Situation in Mali erklärt sich dadurch, dass die neun Jahre des bewaffneten Kampfes, des Krieges (seit der französischen Intervention 2013, jw), nichts gebracht haben. Mir liegt der Dialog am Herzen, und daher habe ich ihn vorgeschlagen. Man hätte uns nur diese afrikanische Lösung versuchen lassen müssen, da ein Teil der Dschihadistenführer, um die es hier geht, Malier sind, aber Frankreich hat der Deeskalation nie eine Chance gegeben. Wir sehen heute Emmanuel Macron, der dieses Spiel der Deeskalation im Rahmen des Krieges in der Ukraine spielen will. Aber in Mali, wo er die Oberhand über alles hat, hat er nie eine Deeskalation gewollt. Die Ausbreitung des Dschihadismus und die Verschärfung der Situation sind auf die Arroganz und Blindheit Frankreichs zurückzuführen, das Deutschland mit hineingezogen hat. In Mali jedenfalls, da weiß ich, wovon ich spreche.

Ich hätte mir gewünscht, dass man das Übel an der Wurzel packt, das heißt, an den wirtschaftlichen Entwicklungsmodellen der Länder, die unter Massenarbeitslosigkeit und Armut leiden, arbeitet. Die Menschen sind verzweifelt, und dazu kommt noch der Klimawandel. Man kann es nicht oft genug betonen: Wenn es eine Region der Welt gibt, in der der Einsatz von Bodentruppen vermieden werden sollte, dann ist es die Sahelzone. Die Menschen brauchen eine Grundversorgung: Wasser, Nahrung, Frieden. Leider zeigen das Wetrüsten, der Krieg in der Ukraine und das Kräftemessen zwischen Russland und dem Westen, dass es in diesem Krieg in Mali eine verborgene geostrategische Dimension gab, die heute mit dem, was passiert, voll zum Vorschein

kommt. Es ist klar: In Afrika ist man im allgemeinen der Ansicht, dass das, was derzeit zwischen Russland und den NATO-Ländern geschieht, ein Kampf der Titanen ist, der sie überfordert.

Niemand hat jemals die Vereinigten Staaten oder Frankreich verurteilt, die für die Zerstörung des Irak, Libyens und für alles, was sonst noch passiert, verantwortlich sind, auch hier in der Sahelzone. Die Herrschenden sind niemandem Rechenschaft schuldig. Diese Politik der »doppelten Standards« beweist, dass es nichts Universelles oder Multilaterales in den gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Nationen gibt. Viele Menschen haben verstanden, dass die Ukraine nach dem Zusammenbruch der UdSSR tatsächlich durch die gleiche Entwicklung wie wir gegangen ist – durch die »Roskskur«: wirtschaftliche Sanierung, neoliberale Reformen und so weiter. Wir fangen heute an, das teilweise zu verstehen. Die Bilder, die wir im Fernsehen sehen, sind schockierend, aber sie sind nicht neu für uns. In unterschiedlichem Ausmaß sind solche Dinge in vielen afrikanischen Ländern passiert, da Frankreich bereits zum 42. Mal in seinen ehemaligen Kolonien militärisch interveniert hat.

Was wäre Ihrer Meinung nach nötig, um die Welt auf einen friedlichen Weg zu bringen?

Diese Frage ist von grundlegender Bedeutung. Sie betrifft die Natur der dollarisierten, globalisierten Wirtschaft. Wir wissen, wo die Machtzentren sind und wo die Interessen liegen. Solange eine Nation der Ansicht ist, dass eigene Interessen, Werte, Grenzen und Gesellschaft geschützt werden müssen, und solange eine solche Nation meint, diese Vorstellung einer Überlegenheit gebe ihr das Recht, jeden anzugreifen, den sie will, sind wir noch nicht am Ende unseres Weges angelangt. Es

gibt heute grundlegende Infragestellungen aller nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen internationalen Institutionen. Übrigens zeigen die Sanktionen gerade, wie eng alles miteinander verbunden ist. Aber der Zweifel an dem, was gerade passiert und diese Tendenz der Mächtigen dieser Welt, alle Grenzen zu überschreiten, als ob ihre Agenda darin bestünde, die Erde in ein Trümmerfeld zu verwandeln, das übersteigt unser Vorstellungsvermögen. Solange die Bedrohung durch einen Atomkrieg besteht, der niemanden verschonen wird, fordert uns das alle heraus.

Man weiß nicht mehr, was man tun soll. Ich habe an so vielen Demos und Debatten teilgenommen, noch vor ein paar Monaten konnte sich niemand vorstellen, dass es so weit kommen würde. Man wusste nicht einmal, dass ein solch schwerer Konflikt zwischen dem Westen und Russland schwelte, und dass dies den ganzen Planeten in eine solche Stresssituation bringen könnte. Und dabei vor allem die Angst vor den sich ankündigenden Hungersnöten, die hier hart sein werden – als ob wir nicht schon genug Probleme hätten. Es geht doch um den Sinn für das Menschliche, um die Sorge für den anderen, die Sorge um den Planeten. Manche Politiker thematisieren das, aber die Lösung liegt bei den Völkern. Ich glaube, dass es die Völker sind, die von all diesen Herausforderungen geprägt sind, denn auch sie werden heute gegeneinander aufgehetzt.

Die Ukraine kann man als ein geopfertes Land betrachten, genau wie unser Land, das im Wettlauf um den Reichtum des Planeten geopfert wird. Das ist ganz einfach, es geht nur darum: Wer hat die größte Armee, wer ist reicher als der andere? Hoffentlich kommt es wieder zu einer Beruhigung und wir können die Folgen des Geschehenen abwägen und alle Verantwortlichkeiten zuordnen. Ich denke, dass Demilitarisierung absolut notwendig ist. Aber wie soll das gehen, wenn die Rüstung eine Industrie ist? Und nicht irgendeine in den meisten dieser Länder, vor allem nicht in den fünf ständigen Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats. Wie ist es zu verstehen, dass sie Waffen herstellen, verkaufen und gleichzeitig Frieden stiften? Wie können Kriegstreiber Friedenstreiber sein?

■ Hintergrund Chronik des Kriegs

Im Jahr 2012 hat die »Nationalbewegung für die Befreiung Azawads« (MNLA) vom Norden Malis ausgehend mit ihrem Kampf für Unabhängigkeit die Intervention Frankreichs ausgelöst. Zunächst von der malischen Regierung 2013 darum gebeten, trafen im selben Jahr mit der »Opération Serval« 1.700 französische Soldaten in dem Sahelstaat ein, um den Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako zu stoppen. Am 13. Juli endete der Einsatz, die MNLA konnte zurückgedrängt werden. Doch Frankreich blieb und dehnte seinen militärischen Einflussbereich aus. Es begann die »Opération Barkhane«: 5.100 französische Soldaten wurden daraufhin in den fünf Sahelstaaten Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad und Mauretanien stationiert.

Im Mai und Juni 2015 unterzeichnete die malische Regierung ein Friedensabkommen mit früheren Tuareg-Rebellen, das jedoch nie vollständig umgesetzt wurde. Zudem hatten im Zuge des MNLA-Kampfes um Unabhängigkeit dschihadistische Gruppierungen an Stärke gewonnen und strebten danach, das fundamentalistische Scharia-Recht in ganz Mali einzuführen. Aber schon damals stellte die malische Friedensaktivistin Aminata Dramane Traoré klar, dass die Militarisierung der Sahelregion und insbesondere die vor allem von Frankreich betriebene Zerschlagung Libyens 2011 die Bedrohung des Dschihadismus erst geschaffen hätten. Die folgenden Jahre waren von einer stetigen Verschlechterung der Sicherheitslage in Mali und den angrenzenden Staaten geprägt. Tausende Menschen starben, Millionen wurden vertrieben.

Im August 2020 wurde Präsident Ibrahim Boubacar Keita nach monatelangen Antiregierungsprotesten, die sich immer auch gegen die frühere Kolonialmacht Frankreich richteten, von Militärs gestürzt. Eine zivile Übergangsregierung wurde installiert, die im Mai 2021 wiederum vom Putschführer Assimi Goita abgesetzt wurde. Goita setzte sich daraufhin selbst als Präsident einer Übergangsregierung an die Spitze des Staates, die Beziehungen mit Frankreich wurden zusehends schlechter. Paris setzte auf schnelle Wahlen, denen sich die Militärführung widersetzte, da die Sicherheitslage dies nicht zuließe.

Am 10. Juni 2021 kündigte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eine Reduzierung der Truppenstärke in Mali an. Im gleichen Zeitraum häuften sich Berichte über den Einsatz der privaten russischen Sicherheitsfirma »Wagner« in Mali. Nachdem das Land durch den westafrikanischen Staatenblock ECOWAS Anfang des Jahres wegen der ausgiebigen Wahlen ausgeschlossen und mit Sanktionen belegt worden war, kam es zu antifranzösischen und prorrussischen Protesten in Bamako. Am 31. Januar wurde der französische Botschafter des Landes verwiesen, zwei Wochen später verkündete Macron den Abzug seiner Truppen. (S)



BENOIT TESSIER/REUTERS

Aminata Dramane Traoré ist Autorin und Menschenrechtsaktivistin. Als ehemalige Kulturministerin von Mali war sie Koordinatorin beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Derzeit ist sie Koordinatorin im »Forum für ein anderes Mali« und Leiterin des Centre Amadou Hampâté Ba, eines Begegnungs- und Forschungszentrums für lokale malische Initiativen. 2021 hat ihr die Stiftung Ethecon den Internationalen Ethecon Blue Planet Award verliehen